

**Änderung Energieversorgungsreglement (früher: Reglement über die Gasversorgung und über die Abgabe für das Stromversorgungs-Verteilnetz)**

Beschluss; Direktion Umwelt und Betriebe

**1. Ausgangslage**

Das Parlament hat am 6. Dezember 2021 die Änderungen des Reglements über die Gasversorgung und über die Abgabe für das Stromversorgungs-Verteilnetz beschlossen. Die Reglementänderungen sind seit dem 1. Januar 2022 in Kraft. Das Reglement beinhaltet neben der Gasversorgung als selbstgewählte Gemeindeaufgabe auch die Abgaben für die Benützung des öffentlichen Grundes auf Gas- und Stromleitungen.

Aufgrund der Erkenntnisse aus der Wärmeversorgungsplanung Niederwangen hat der Gemeinderat dem Parlament am 13. März 2023 eine revidierte Fassung zum Beschluss vorgelegt. Mit der Revision sollten die Grundlagen geschaffen werden, damit die Gemeinde die Wärme- und Kälteversorgung als selbstgewählte Gemeindeaufgabe für die Wärmeversorgung von Niederwangen einer gemeinsamen Trägerschaft zusammen mit Energie Wasser Bern (ewb) übertragen kann. Ausserdem waren die reglementarischen Grundlagen zu schaffen, damit eine Abgabe der Wärmenetzbetreiber für die Benützung des öffentlichen Grundes eingeführt werden kann. Das Parlament hat die Änderung des Reglements gutgeheissen.

Der Gemeinderat hat die Direktion Umwelt und Betriebe beauftragt, die Verhandlungen mit ewb zu führen und die Grundlagen für die Trägerschaft zu erarbeiten. Im Verlauf der Verhandlungen hat sich gezeigt, dass eine gemeinsame Trägerschaft für die Umsetzung der Wärmeversorgungsplanung in Niederwangen nicht die einzige Option ist. Zumal aufgrund der Fortschritte bei der Projektierung beim Wärmeverbund Wabern eine Ausweitung der Trägerschaft auf diesen Verbund sinnvoll geworden war.

Der Gemeinderat und der Verwaltungsrat von ewb haben dann entschieden, für die Umsetzung der Wärmeverbünde in Niederwangen und in Wabern auf die Bildung einer gemeinsamen Trägerschaft zu verzichten. Die Umsetzung der Wärmeverbünde in Niederwangen und Wabern soll in einem Zusammenarbeitsvertrag der Gemeinde mit ewb geregelt werden. Der Gemeinderat hat die Parlamentarier:innen am 2. Juli 2024 an einer separaten Veranstaltung über die Absicht informiert und die Eckwerte des geplanten Zusammenarbeitsvertrags vorgestellt.

Das Energieversorgungsreglement muss aufgrund der neuen Ausgangslage überarbeitet werden. Dann können beide Änderungen, jene vom März 2023 und die jetzige, gemeinsam in Kraft gesetzt werden.

**2. Die Gründe für die Neuausrichtung der Verhandlungen**

Die wesentlichen Gründe für den Zusammenarbeitsvertrag in der Wärmeversorgung und damit den Verzicht auf die Bildung einer gemeinsamen Trägerschaft sind die folgenden.

- Die Zuständigkeiten können in einem Vertrag klar und eindeutiger geregelt werden.
  - o Die Gemeinde überträgt die Wärme- und Kälteversorgung in den beiden Gebieten an ewb und unterstützt bei Bedarf.
  - o Die technische und finanzielle Verantwortung für den Bau und den Betrieb liegt bei ewb
- Das Konstrukt ist einfacher, indem keine neue Organisation aufgebaut werden muss.
- Die Gemeinde muss sich nicht finanziell beteiligen

**2.1 Die Eckwerte des Zusammenarbeitsvertrages**

Als ersten Schritt zur Erarbeitung des Zusammenarbeitsvertrags haben die Parteien die Eckwerte definiert und in einer Vereinbarung festgehalten.

Die vereinbarten Eckwerte:

- Das Energieversorgungsreglement der Gemeinde Köniz ist die Grundlage; die Wärmeversorgung als selbstgewählte Gemeindeaufgabe wird ewb übertragen.
- ewb realisiert und betreibt die Wärmeverbünde nach unternehmerischen Gesichtspunkten

- Köniz unterstützt ewb bei der Umsetzung.
- Die vom Gemeinderat genehmigten Wärmerversorgungsplanungen Niederwangen und Wabern bilden die Grundlage für die zu erschliessenden Perimeter
- Die Preise sind verursachergerecht zu gestalten. Ihre Höhe soll einen angemessenen Gewinn ermöglichen (siehe Energieversorgungsreglement Art. 6f).
- Die Synergien bei der Strassen- und Leitungserneuerung sollen genutzt werden.
- Die gemeindeeigenen Gebäude sollen nach Möglichkeit an die Verbünde angeschlossen werden.
- Sollten die Projekte in Niederwangen und Wabern nicht oder nur in reduzierter Form realisiert werden beteiligt sich die Gemeinde an den nicht amortisierbaren Kosten (z.B. PARB zur Eventualverpflichtung für den WV Wabern)
- Die Gemeinde passt das Energieversorgungsreglement entsprechend an.

### **3. Die Anpassungen am Reglement**

Der Verzicht auf die gemeinsame Trägerschaft bedingt bei den im März 2023 beschlossenen Artikeln 6a bis 6i Anpassungen. In der synoptischen Darstellung des Reglements (Beilage 1) sind die Anpassungen mit den Begründungen festgehalten.

### **4. Finanzen**

Der Beschluss des Reglements führt zu keinen zusätzlichen Ausgaben für die Gemeinde. Mit dem Verzicht auf die gemeinsame Trägerschaft fallen die Kosten für die Beteiligung der Gemeinde weg.

### **Antrag**

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Änderung des Reglements über die Energieversorgung und über Abgaben für die Benützung des öffentlichen Grundes (Energieversorgungsreglement) wird gemäss vorgelegtem Entwurf beschlossen.
2. Die Änderung vom 13. März 2023 und die Änderung gemäss Ziffer 1 treten beide am 1. Februar 2025 in Kraft.

Köniz, 30. Oktober 2024

Der Gemeinderat

### **Beilagen**

- 1) 743.1 (Synopsis) Reglement über die Gasversorgung und über die Abgabe für das Stromversorgungs-Verteilnetz (Fassung geltend seit 1. Januar 2022), Änderung

**Titel**

	Bisheriger Text	Vorlage/Neuer Text, Entwurf
	<p><b>Reglement über die Energieversorgung und über Abgaben für die Benützung des öffentlichen Grundes (Energieversorgungsreglement)</b></p> <p>(mit Änderungen bis 13. März 2023)</p>	<p><i>Titel unverändert.</i></p>
	<p><b>I. Gasversorgung</b></p>	<p><b>I. Gasversorgung</b></p>
Gasversorgung als Gemeindeaufgabe	<p><b>Art. 1</b></p> <p>1 Die Einwohnergemeinde Köniz übernimmt die leitungsgebundene Versorgung mit Gas als selbst gewählte Gemeindeaufgabe.</p> <p>2 Sie strebt eine sichere, umweltgerechte und wirtschaftliche Versorgung geeigneter Gebiete der Gemeinde an.</p> <p>3 Es besteht weder ein Anspruch auf Versorgung mit Gas noch eine Abnahmepflicht.</p>	<p><i>Artikel 1–6: Unverändert.</i></p> <p>Die Artikel 1–6 zur Gasversorgung wurden im Jahr 2013 erlassen. Sie sind vorbestehend, und es wird vorgeschlagen, sie unverändert zu belassen.</p>
Übertragung der Aufgabe	<p><b>Art. 2</b></p> <p>1 Der Gemeinderat kann die Aufgabe an Dritte übertragen (im Folgenden Trägerschaft).</p> <p>2 Vorbehalten bleiben Beschlüsse der Gemeinde betreffend die Erschliessungsplanung und betreffend allfällige besondere Leistungen der Gemeinde im Zusammenhang mit der Erschliessung oder der Versorgung durch die Trägerschaft.</p>	

**Art. 3**

Grundsätze für  
die Aufgaben-  
erfüllung

- 1 Die Trägerschaft erfüllt die Aufgabe nach den Bestimmungen des eidgenössischen und kantonalen Rechts, nach allfälligen weiteren für sie geltenden Bestimmungen sowie nach den Vorgaben und Richtlinien der Branche.
- 2 Die Trägerschaft kann im Rahmen der Erfüllung ihrer Aufgaben gestützt auf die anwendbaren Bestimmungen hoheitlich auftreten, insbesondere für ihre Leistungen Gebühren erheben, Kontrollen vornehmen und Bewilligungen erteilen.

**Art. 4**

Versorgungs-  
anlagen

- 1 Die Trägerschaft plant, erstellt, betreibt, unterhält, erneuert und erweitert die für die Erfüllung ihrer Aufgabe erforderlichen Versorgungsanlagen.
- 2 Die Versorgungsanlagen befinden sich im Eigentum der Trägerschaft.
- 3 ...

**Art. 4a**

...

**Art. 5**

Gebühren,  
vertragliches  
Entgelt

- 1 Die Trägerschaft erhebt für ihre Leistungen, insbesondere für die Gewährung der Netznutzung und für die Gaslieferung, Gebühren.
- 2 Der Kreis der Gebührenpflichtigen, der Gegenstand und die Höhe der Gebühren richten sich nach den für die Trägerschaft geltenden Bestimmungen und die gestützt darauf erlassenen Tarife.
- 3 Die Trägerschaft kann das Entgelt für ihre Leistungen mit ihren Kundinnen und Kunden vertraglich regeln, sofern und soweit die anwendbaren Bestimmungen (Art. 3 Abs. 1) dies zulassen.

**Art. 6**

Vertrag

- 1 Die Einzelheiten des Verhältnisses zur Trägerschaft regelt der Gemeinderat in einem Vertrag.
- 2 Der Vertrag regelt soweit erforderlich namentlich
  - a) Einzelheiten betreffend die Erfüllung der übertragenen Aufgabe durch die Trägerschaft,
  - b) Einzelheiten betreffend die Benützung des öffentlichen Grundes der Gemeinde zu diesem Zweck und betreffend die Abgabe,
  - c) die Zusammenarbeit zwischen der Gemeinde und Trägerschaft, namentlich betreffend die Planung, die Erschließung und die Vornahme von Arbeiten auf öffentlichem Grund,
  - d) die Rechte der Gemeinde im Rahmen der Aufsicht über die Aufgabenerfüllung,
  - e) die Dauer des Vertrags und die Voraussetzungen einer allfälligen vorzeitigen Beendigung.

**II. Wärme- und Kälteversorgung****Art. 6a**

Wärme- und Kälteversorgung als Gemeindeaufgabe

- 1 Die Gemeinde kann die Versorgung geeigneter Gebiete mit Wärme oder Kälte als selbstgewählte Gemeindeaufgabe übernehmen, soweit dies wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll ist.
- 2 Sie strebt eine sichere, umweltgerechte und wirtschaftliche Versorgung an.
- 3 Sie ist unter Vorbehalt anders lautender Bestimmungen des übergeordneten oder gemeindeeigenen Rechts, namentlich allfälliger Anschlusspflichten aufgrund der planungsrechtlichen Vorschriften der Gemeinde, nicht zur Versorgung mit Wärme oder Kälte verpflichtet.

**II. Wärme- und Kälteversorgung****Art. 6a***Unverändert.*

**Art. 6b**

Trägerschaft

- 1 Die Gemeinde kann die Aufgabe der Wärme- oder Kälteversorgung selbst erfüllen oder nach Massgabe dieses Reglements oder besonderer Beschlüsse der zuständigen Organe ganz oder teilweise, einem Gemeindeunternehmen (Anstalt) zuweisen oder an Dritte übertragen.
- 2 Als Trägerschaft im Sinn der folgenden Bestimmungen gelten die Gemeinde, soweit sie die Aufgabe selbst erfüllt, ein beauftragtes Gemeindeunternehmen und beauftragte Dritte.

**Art. 6c**

Aufgaben der Trägerschaft

- 1 Die Trägerschaft betreibt die Wärme- oder Kälteversorgung nach den Vorgaben des eidgenössischen, kantonalen und kommunalen Rechts, im Einklang mit der Könizer Klima- und Energiestrategie und nach anerkannten Regeln der Branche.
- 2 Sie plant, erstellt, betreibt, unterhält, erneuert und erweitert die für die Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Versorgungsanlagen. Sie sorgt soweit erforderlich für deren rechtliche Sicherung.
- 3 Sie kann Kundinnen und Kunden ausserhalb des Gemeindegebiets mit Wärme oder Kälte versorgen, soweit das Recht der betroffenen Gemeinden dies zulässt.
- 4 Sie kann gewerbliche Leistungen erbringen, wenn diese Leistungen
  - a) einen engen Zusammenhang mit ihren Aufgaben nach Absatz 1 und 2 aufweisen,
  - b) die Erfüllung dieser Aufgaben nicht beeinträchtigen,
  - c) zu mindestens kostendeckenden Preisen erbracht werden.

**Art. 6b**

- 1 Die Gemeinde kann die Aufgabe der Wärme- oder Kälteversorgung selbst erfüllen oder nach Massgabe dieses Reglements oder besonderer Beschlüsse der zuständigen Organe ganz oder teilweise an Dritte übertragen.

- 2 Als Trägerschaft im Sinn der folgenden Bestimmungen gelten die Gemeinde, soweit sie die Aufgabe selbst erfüllt, und beauftragte Dritte.

**Art. 6c**

- 1 *Unverändert.*

- 2 *Unverändert.*

- 3 *Unverändert.*

- 4 *Aufgehoben*

Beim ursprünglichen Artikel wollte man die Voraussetzungen schaffen, die Aufgabe auch einem gemeindeeigenen Unternehmen zu übertragen. Mit dem Verzicht auf die Ausgliederung der Gemeindebetriebe fällt diese Option weg.

**Art. 6d**Rechts-  
verhältnis

- <sup>1</sup> Das Rechtsverhältnis zwischen der Trägerschaft und ihren Kundinnen und Kunden ist öffentlich-rechtlicher Natur.

- <sup>2</sup> Die Trägerschaft kann in diesem Bereich hoheitlich handeln und namentlich

- a) Ausführungsbestimmungen zu diesem Reglement erlassen und Pflichten der Kundinnen und Kunden vorsehen,
- b) im Rahmen der Vorgaben des übergeordneten Rechts privates Grundeigentum beanspruchen und in Rechte Privater eingreifen, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich und verhältnismässig ist,
- c) nach den Vorgaben des Gesetzes vom 23. Mai 1989 über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG) Verfügungen erlassen und durchsetzen.

- <sup>3</sup> Das Rechtsverhältnis zwischen der Trägerschaft und ihren Kundinnen und Kunden ist privatrechtlicher Natur

- a) soweit die Trägerschaft Kundinnen und Kunden im Rahmen lokaler Wärmeverbünde ohne Verbindung zur Energiezentrale Forsthaus Bern versorgt und keine Anschlusspflicht der Kundinnen und Kunden und keine Lieferpflicht der Trägerschaft besteht,
- b) im Bereich der gewerblichen Leistungen (Art. 6c Abs. 4).

**Art. 6d**

Das Rechtsverhältnis zwischen der Trägerschaft und ihren Kundinnen und Kunden ist privatrechtlicher Natur.

*(tritt an die Stelle der bisherigen Absätze 1–3)*

Ursprünglich war geplant, dass das Rechtsverhältnis mit der Kundschaft öffentlich-rechtlich sein sollte und dass die Trägerschaft Gebühren (also Abgaben gestützt auf öffentliches Recht) erheben sollte. Insbesondere für die Gebührenerhebung durch Dritte verlangt das Gemeindegesetz eine Grundlage in einem Reglement.

Dies hat sich geändert. Ewb wird (vertraglich vereinbarte) Preise verlangen, somit wird das Rechtsverhältnis mit der Kundschaft privatrechtlich sein. Etliche Bestimmungen im Reglement können damit entfallen. Artikel 6f über die Bemessung der Preise soll aber bestehen bleiben.

	<b>Art. 6e</b>	<b>Art. 6e</b>	
Gebühren	<p><b>1</b> Die Trägerschaft erhebt für ihre Versorgungsleistungen in den Bereichen gemäss Artikel 6d Absatz 1</p> <p>a) eine einmalige Anschlussgebühr für jeden Anschluss einer Baute oder Anlage an das Verteilnetz (Netzanschlussbeitrag),</p> <p>b) wiederkehrende Gebühren für die Lieferung von Wärme oder Kälte.</p> <p><b>2</b> Die einmalige Anschlussgebühr bemisst sich nach der installierten Leistung in Kilowatt (kW) und der Länge der Anschlussleitung. Sie kann je nach Energiebedarf der Kundinnen und Kunden (Hoch- oder Niedertemperaturbereich) unterschiedlich bemessen werden.</p> <p><b>3</b> Die wiederkehrenden Gebühren bestehen aus</p> <p>a) einer Grundgebühr nach Massgabe der installierten Leistung (Leistungspreis),</p> <p>b) einer Verbrauchsgebühr nach Massgabe der gelieferten Energie (Arbeitspreis).</p> <p><b>4</b> Die Trägerschaft kann für verschiedene Produkte oder Gruppen von Kundinnen und Kunden unterschiedliche Ansätze für die wiederkehrenden Gebühren vorsehen.</p> <p><b>5</b> Sie kann in begründeten Fällen, namentlich bei besonderen technischen Verhältnissen oder für Grosskundinnen und -kunden, in der Regel &gt;3 GWh, anstelle einer Gebühr ein angemessenes vertragliches Entgelt vereinbaren.</p>	<p><i>Aufgehoben.</i></p>	<p>Siehe Erläuterungen bei Artikel 6d.</p>



**Art. 6f**Bemessung  
der Gebühren,  
Gewinn

- 1 Die Trägerschaft bemisst die einzelnen Gebühren verursachergerecht.
- 2 Sie darf nicht mehr Gewinn erwirtschaften, als zur Bildung angemessener Reserven für die Sicherstellung einer kontinuierlichen Gebührenpolitik, die Absicherung gegen betriebliche Risiken und die Finanzierung von Investitionen sowie für eine angemessene Verzinsung ihres Kapitals erforderlich ist.

Bemessung  
der Preise,  
Gewinn**Art. 6f**

- 1 Die Trägerschaft bemisst ihre Preise für ihre Versorgungsleistungen verursachergerecht.
- 2 Sie darf nicht mehr Gewinn erwirtschaften, als zur Bildung angemessener Reserven für die Sicherstellung einer kontinuierlichen Preispolitik, die Absicherung gegen betriebliche Risiken und die Finanzierung von Investitionen sowie für eine angemessene Verzinsung ihres Kapitals erforderlich ist.

Erläuterung: Neu (privatrechtliche) Preise statt (öffentlich-rechtlicher) Gebühren. Siehe Erläuterungen bei Artikel 6d.

Abgesehen davon bleibt Artikel 6f unverändert.

Ewb darf einen angemessenen Gewinn erwirtschaften, welcher die Kosten für die Investitionen, Betrieb und Unterhalt und das unternehmerische Risiko deckt. ewb verwendet dazu den WACC (Weighted Average Cost of Capital), welcher für die Bewertung von Projekten üblicherweise angewandt wird. Der WACC wird jährlich überprüft und den Marktentwicklungen angepasst. Gerechnet wird der WACC pro Medium (Strom, Gas, Wärme, etc.) und ist nicht öffentlich.

Der angesetzte WACC für die WV Bern-Wabern und Niederwangen ist gleich denen von Wärmeverbünden in der Stadt Bern und anderen Marktgebieten mit einem ähnlichen Risikocharakter.

**Art. 6g**Gebühren-  
pflichtige

- 1 Die einmaligen Anschlussgebühren schulden die Eigentümerinnen und Eigentümer der angeschlossenen Bauten oder Anlagen.
- 2 Die wiederkehrenden Gebühren schulden die Personen, auf deren Namen die Messeinrichtung lautet, bei deren Fehlen die Eigentümerinnen und Eigentümer der angeschlossenen Bauten oder Anlagen.

**Art. 6g**

*Aufgehoben.*

Siehe Erläuterungen bei Artikel 6d.

**Art. 6h**Ausführungs-  
bestimmungen

- 1 Das zuständige Organ der Trägerschaft erlässt die erforderlichen Ausführungsbestimmungen zu diesem Reglement, namentlich betreffend technische Aspekte der Versorgung und das Verhältnis zu den versorgten Kundinnen und Kunden.
- 2 Es legt in Tarifen die einmaligen und wiederkehrenden Gebühren fest.

*Aufgehoben.*

Siehe Erläuterungen bei Artikel 6d.

Gebiet  
Niederwangen

**Art. 6i**

- <sup>1</sup> Die Gemeinde überträgt die Wärme- oder Kälteversorgung im Gebiet Niederwangen einer Aktiengesellschaft, die sie allein oder zusammen mit Dritten gründet.
- <sup>2</sup> Gründet sie die Gesellschaft zusammen mit Dritten oder beteiligt sie Dritte zu einem späteren Zeitpunkt, sorgt der Gemeinderat mit geeigneten vertraglichen Regelungen dafür, dass die Mitwirkung der Gemeinde in den Gesellschaftsorganen sichergestellt ist.
- <sup>3</sup> Die Zuständigkeit für Beschlüsse über Veränderungen der Beteiligung, namentlich durch den Erwerb oder die Veräusserung von Aktien oder den Verzicht auf das Bezugsrecht bei einer Kapitalerhöhung, richtet sich nach der Gemeindeordnung (Art. 70 Bst. d GO).
- <sup>4</sup> Rechtsgeschäfte, welche die kapital- oder stimmenmässige Beteiligung der Gemeinde unter zwei Drittel, unter die Hälfte oder unter einen Drittel sinken lassen, bedürfen in jedem Fall mindestens der Zustimmung des Parlaments.

**III. Abgaben für die Benützung des öffentlichen Grundes**

**Art. 6k**

Gebiete  
Niederwangen  
und Wabern

**Art. 6i**

- <sup>1</sup> Die Gemeinde überträgt die Wärme- oder Kälteversorgung in den Gebieten Niederwangen und Wabern an Energie Wasser Bern (ewb).
- <sup>2</sup> Die Einzelheiten des Verhältnisses zur Trägerschaft regelt der Gemeinderat in einem Vertrag mit ewb.
- <sup>3</sup> Der Vertrag regelt soweit erforderlich namentlich
- a) Einzelheiten betreffend die Erfüllung der übertragenen Aufgabe durch die Trägerschaft,
  - b) Einzelheiten betreffend die Benützung des öffentlichen Grundes der Gemeinde zu diesem Zweck und betreffend die Abgabe,
  - c) die Zusammenarbeit zwischen der Gemeinde und Trägerschaft, namentlich betreffend die Planung, die Erschliessung und die Vornahme von Arbeiten auf öffentlichem Grund,
  - d) die Rechte der Gemeinde im Rahmen der Aufsicht über die Aufgabenerfüllung,
  - e) die Dauer des Vertrags und die Voraussetzungen einer allfälligen vorzeitigen Beendigung.

**III. Abgaben für die Benützung des öffentlichen Grundes**

*Alle Bestimmungen bleiben unverändert.*

Energie Wasser Bern (ewb) ist eine selbständige, rechts- und handlungsfähige Anstalt der Stadt Bern. Die Übertragung der öffentlichen Aufgabe an ewb erfolgt grundsätzlich unter der Geltung der IVöB (Interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen), die seit Februar 2022 in Kraft steht. Im vorliegenden Fall soll aber schon das Reglement (ein formelles Gesetz auf Gemeindeebene) ausdrücklich ewb als Partner bestimmen, und damit ist die Übertragung der Aufgabe nicht der IVöB unterstellt, somit findet keine Ausschreibung statt.

Absätze 2 und 3:

Da die Gemeinde nicht mehr Teil der Trägerschaft ist, sind wesentliche Punkte der Übertragung bzw. der Zusammenarbeit in einem Vertrag festzuhalten. Die Formulierungen der Absätze 2 und 3 entsprechen dem Wortlaut von Artikel 6 zum Vertrag in der Gasversorgung.

Stromversor-  
gung

- 1 Der Verteilnetzbetreiber bezahlt der Gemeinde für das Recht auf Benützung des öffentlichen Grundes im Bereich der Stromversorgung eine Abgabe von 1,9 Rappen pro Kilowattstunde der aus dem Verteilnetz an Endkundinnen und Endkunden ausgespeisten Energie.
- 2 Die Abgabe ist auf CHF 300 pro Jahr und Zähler beschränkt.
- 3 Die Gemeindeabgabe auf den Zusatzprodukten «unterbrechbar» und «steuerbar» beträgt 0,63 Rappen pro Kilowattstunde.
- 4 Die Abgabe ist auf CHF 96 pro Jahr und Zähler beschränkt.
- 5 Der Gemeinderat schliesst mit dem Verteilnetzbetreiber einen Vertrag ab und vereinbart darin die Einzelheiten.

#### **Art. 6l**

Gasversorgung

Die Trägerschaft der Gasversorgung (Art. 2 ff.) schuldet der Gemeinde für das Recht auf Benützung des öffentlichen Grundes für ihre Versorgungsanlagen, insbesondere die Leitungen des Versorgungsnetzes, eine Abgabe von 0,5 Rappen pro an Kundinnen und Kunden im Gemeindegebiet gelieferte Kilowattstunde Energie.

#### **Art. 6m**

Wärme- und  
Kälteversorgun  
g

- 1 Dritte, die Kundinnen und Kunden in der Gemeinde mit Wärme oder Kälte versorgen, schulden der Gemeinde für das Recht auf Benützung des öffentlichen Grundes für ihre Versorgungsanlagen, insbesondere die Leitungen des Versorgungsnetzes (Vor- und Rücklauf), eine jährliche Abgabe.
- 2 Die Abgabe beträgt pro Meter Leitung für den Vor- oder Rücklauf im öffentlichen Grund und pro Jahr
  - a) CHF 3.50 für einen Durchmesser des Leitungsrohrs bis 250 mm,
  - b) CHF 7.00 für einen Durchmesser von mehr als 250 mm bis 500 mm,
  - c) CHF 10.50 für einen Durchmesser von mehr als 500 mm bis 750 mm,

d) CHF 14.00 für einen Durchmesser von mehr 750 mm.

<sup>3</sup> Unternehmen der Wärme- oder Kälteversorgung, welche mindestens 80% aus erneuerbaren Quellen oder Abwärme gespeist werden, sind während der ersten 5 Jahre ab Erreichen der 80%-Schwelle von der Abgabe befreit. Der Nachweis für die Befreiung muss von den Fernwärmebetreibern erbracht werden.

#### IV. Übergangs- und Schlussbestimmungen

##### Art. 6n

Unternehmen, die am 1. Januar 2023 über ein Recht auf Benützung des öffentlichen Grundes für die Wärme- oder Kälteversorgung verfügen, schulden die Abgabe nach Artikel 6m ab dem 1. Januar 2026.

##### Art. 7

Dieses Reglement tritt am 1. Juni 2013 in Kraft.

Köniz, den 29. April 2013

Im Namen des Parlaments

Die Präsidentin:

Die Sekretärin:

Erica Kobel-Itten Verena Remund

#### IV. Übergangs- und Schlussbestimmungen

*Beide Bestimmungen bleiben unverändert.*

Artikel 7 wird nicht geändert, da das Reglement von 2013 bestehen bleibt (Teilrevision, keine Totalrevision).

Inkrafttreten